

Bundeswehr in den Kongo?

Einsatz: Bundesregierung will Soldaten ins afrikanische Krisengebiet schicken. Unter der Bedingung, daß es ein europäischer Einsatz wird, ist Berlin zur Teilnahme bereit. Aber im Kongo kämpfen auch Kinder.



Ein Junge im Kongo wird in einem militärischen Ausbildungscamp am Sturmgewehr ausgebildet ? wie viele andere Jungen seines Alters. Foto: dpa

Berlin - Die Bundesregierung will die Bundeswehr unter der Voraussetzung eines breit angelegten europäischen Einsatzes an der Absicherung der Wahlen im Kongo beteiligen. Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sagte am Freitag in Berlin, in einem solch breiten Rahmen, mit der Begrenzung auf die Hauptstadt Kinshasa und vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestags könne es eine Beteiligung geben. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bekräftigte am Rande eines Nato-Treffens in Taormina (Sizilien), die Bundeswehr wolle bei einem EU-Militäreinsatz keine Führungsrolle spielen.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete unter Berufung auf Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages, in der Bundeswehrrführung seien bereits mehrere Szenarien für den Kongo-Einsatz erarbeitet worden. Eines dieser Szenarien sehe die Entsendung von 300 bis 500 Soldaten vor. Das dementierte Wilhelm. Den Zeitungsbericht könne er "ausdrücklich nicht bestätigen", sagte er.

Laut "Welt" sollen zum deutschen Kontingent aber keine Kampftruppen gehören. Diese solle Frankreich stellen. Der deutsche Beitrag werde neben Lufttransport-Einheiten aus Fernmeldern, Sanitätern, Pionieren und Logistik-Kräften bestehen. Danach wird die erste sogenannte "Battle Group" der EU nicht zum Einsatz kommen.

Die Europäische Union steht bei der Planung eines Einsatzes im Kongo vor unerwarteten Problemen. Die EU verschob eine für Freitag geplante Debatte über den Einsatz vor allem, weil bisher kein Land den Einsatz führen will, sagten Diplomaten in Brüssel.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer sagte, ein Einsatz der Bundeswehr sei nicht gerechtfertigt. Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion, Ursula Heinen, machte ausdrücklich auf die Situation von Kindersoldaten im Kongo aufmerksam. Seit 2002 verbiete ein Zusatzprotokoll zur Uno-Kinderrechtskonvention den Kriegseinsatz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Bis heute hätten 116 Staaten unterzeichnet, 87 ratifiziert. Trotzdem würden in manchen Staaten weiter Kinder eingesetzt, zum Beispiel im Kongo. EU und Uno-Sicherheitsrat müßten sich stärker für die Durchsetzung des Verbots von Kindersoldaten einsetzen.

HA

erschieden am 11. Februar 2006

Weitere Artikel zum Thema:

- **Soldaten zur WM: Jung ist "erstaunt" über Schäuble** vom 11. Februar 2006 (Deutschland)